

NIKOLAUS BERLAKOVICH

Bundesminister



lebensministerium.at

XXIV. GP.-NR

10532/AB

23. April 2012

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

zu 10731/J

ZI. LE.4.2.4/0034-I 3/2012

Wien, am 20. APR. 2012

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Stefan Petzner, Kolleginnen und Kollegen vom 24. Februar 2012, Nr. 10731/J, betreffend Durchsetzung österreichischer Interessen auf Europäischer Ebene durch die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Stefan Petzner, Kolleginnen und Kollegen vom 24. Februar 2012, Nr. 10731/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 14:

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Nationalrat von den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung in Entsprechung der Verpflichtung gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG laufend und umfassend über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union unterrichtet wird. Die in der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage abgefragten Inhalte sind daher dem Nationalrat bekannt. Die Beantwortung dieser Anfrage bedeutet für das BMLFUW, das eine Vielzahl von Ratssitzungen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung (von den Ratsarbeitsgruppen über den COREPER bis zur mehrfachen Behandlung im Rat) wahrzunehmen und vorzubereiten hat, eine enorme Recherchearbeit, die nur mit sehr großem Personalaufwand in den Unterlagen des angefragten Zeitraums zu bewältigen wäre. Dies ist – vor dem Hintergrund der erwähnten umfassenden Informationspflicht der zuständigen Regierungsmitglieder gegenüber dem Nationalrat – ein nicht zu vertretender Verwaltungsaufwand.



Österreichs Vertreterinnen und Vertreter in den Ratssitzungen und in den dem Rat vorgelagerten Gremien bringen, wenn es aus österreichischer Sicht erforderlich erscheint, Änderungsvorschläge ein, die gemeinsam mit Vorschlägen anderer Mitgliedstaaten verhandelt werden. Seitens der österreichischen Vertreterinnen und Vertreter wird dem Gesamtergebnis jedenfalls nur dann zugestimmt, wenn dieses im Hinblick auf die bestehende österreichische Interessenslage und im Sinne eines Gesamtkompromisses tragbar ist.

Zu Frage 15:

Im Zeitraum vom 01. Jänner 2011 bis 24. Februar 2012 haben die unten genannten Tagungen des Rates der Europäischen Union stattgefunden, wofür ein Betrag von € 106.456,87 an Sach- und Personalaufwand entstanden ist.

Betreff	Datum	Ort
Rat Landwirtschaft	23.01.2012	Brüssel
Rat Umwelt	19.12.2011	Brüssel
Rat Landwirtschaft	15.-16.12.2011	Brüssel
Rat Landwirtschaft	14.11.2011	Brüssel
Rat Landwirtschaft	20.10.2011	Luxemburg
Rat Umwelt	10.10.2011	Luxemburg
Informeller Rat Landwirtschaft	11.-13.09.2011	Breslau (Polen)
Rat Landwirtschaft	18.-19.07.2011	Brüssel
Informeller Rat Umwelt	10.-12.07.2011	Sopot (Polen)
Rat Umwelt	21.06.2011	Luxemburg
Sonderrat Landwirtschaft	07.06.2011	Luxemburg
Informeller Rat Umwelt	25.-26.03.2011	Budapest
Rat Landwirtschaft	16.-17.03.2011	Brüssel
Rat Umwelt	14.03.2011	Brüssel
Rat Landwirtschaft	21.02.2011	Brüssel
Rat Landwirtschaft	23.-24.01.2011	Brüssel

Der Bundesminister:

